

Der Beirat Walle möge beschließen:

„QBZ Utbremen“

Laut Beschluss der Bremischen Bürgerschaft wird die Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr (BSGAV) von der Ellmersstraße an die Nordstraße umgesiedelt werden. Somit ist abzusehen, dass das marode Gebäude der BSGAV im Herzen von Utbremen in absehbarer Zeit abgerissen wird.

In direkter Nachbarschaft zur BSGAV Ellmersstraße befinden sich ein Jugendfreizeitheim (JFH) und das Kinder- und Familienzentrum (KuFZ) Haferkamp. Beide Einrichtungen sind sehr gut ausgelastet bis überlaufen und befinden sich in stark sanierungsbedürftigen oder sogar baufälligen städtischen Gebäuden auf städtischem Grund.

Deshalb fordern wir, die städtischen Flächen (BSGAV, JFH, KuFZ sowie die Wege drumherum) neu für die Zukunft zu entwickeln. Uns ist es wichtig, dass an diesem zentralen Standort in dem dichtbesiedelten und kinderreichen Ortsteil Utbremen ein Quartiersbildungszentrum (QBZ) entsteht, das langfristig die sozialen Herausforderungen im Ortsteil auffangen wird und Zukunftsimpulse in die Stadtgesellschaft hinein sendet. Zudem halten wir dort die Erstellung von Wohnungen für erforderlich, insbesondere für Familien.

Wir fordern deshalb

die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport,
die Senatorin für Kinder und Bildung,
die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau,
die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie
den Senator für Finanzen

auf, Maßnahmen zu ergreifen, um folgenden Zeitablauf umzusetzen:

1. 2019-2020: Entwicklungsphase! Entwicklung von Ideen für das QBZ Utbremen unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen, insbesondere der Anwohnenden sowie speziell von Kindern, Jugendlichen und SeniorInnen, MitarbeiterInnen involvierter Träger wie KiTa, JFH etc. und selbstverständlich von Verwaltung und Politik. Hierfür müssen jetzt mit Unterstützung durch den Senat Beteiligungsformate angeboten werden (z.B. Zukunftswerkstätten; Runde Tische o.ä.).
2. 2021-2022: Planungsphase! Jetzt wird auf der Grundlage der Ideenentwicklung konkret an Gebäuden, Außenanlagen und Konzepten geplant. Hierfür müssen rechtzeitig von der Bremischen Bürgerschaft die entsprechenden Planungsmittel bereitgestellt werden. Auch die Planungen werden durch eine breite BürgerInnenbeteiligung begleitet.
3. 2023-2024: Bauphase! Jetzt wird gebaut. Im Jahre 2024 soll das Eröffnungsfest stattfinden. Die Mittel für die Umsetzung werden rechtzeitig vom Haushaltsgesetzgeber eingeplant.

Das zukünftige Konzept für das QBZ Utbremen wird im Moment noch ganz offen gehalten: Alles ist möglich! Angesichts der staatlichen Schuldenbremse sollte erwogen werden, ggf. einer Genossenschaft oder einem Verbund von sozialen Trägern die Erstellung und den Betrieb des QBZ in die Hand zu geben.

12.09.2019

Christof Schäffer und Brunhilde Wilhelm (Bündnis 90/Die Grünen), Brigitte Grziwa-Pohlmann (SPD), Jörg Tapking (Die Linke) für ihre Fraktionen

Antrag die Beiratssitzung am 14.11. 2019

LSA Cuxhavener Straße - Unterhaltungskosten

Der Beirat begrüßt, dass das Wirtschaftsressort die Investitionskosten für das Aufstellen einer Lichtsignalanlage (LSA) zur Verfügung stellt. Der Beirat Walle erklärt sich bereit, die Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Dauer von zehn Jahren in Höhe von 27.500 Euro / 2.750 Euro per anno zu übernehmen. Die Kosten werden durch das Stadtteilbudget aufgebracht.

Brunhilde Wilhelm
Fraktion Die Grünen / Bündnis 90

⇒ Beirat Wa 14.10.19

③



Susanne Kopp-Jäger Salvador – Allende-Straße 12 28203 Bremen

KEIN HOCHHAUS IM VIERTEL
Susanne Kopp-Jäger
Sabine Hummerich

Gertrudenstrasse 26
28203 Bremen

Die Beiräte der Freien Hansestadt Bremen

bilzbhochhaus@nord-com.net
www.keinhochhaus.org

09.10.2019

Hochhausleitfaden der Bremischen Bauverwaltung, Bürgerantrag

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns vorstellen. Wir sind Sprecherinnen einer Bürgerinitiative im Viertel, zugehöriger Beirat Östliche Vorstadt/Mitte. Im Rahmen unseres Engagements gegen ein bestimmtes Bauvorhaben, das einen Hochhausbau am Rande des Ostertors vorsieht, ist uns bekannt geworden, dass die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau bzw. ihre Behörde einen sogenannten „Hochhausleitfaden“ entwickelt, und diesen auch schon zur weiteren Planung nutzt. Dabei sind in vielen Stadtteilen Flächen als mögliche Standorte von Hochhäusern ausgewiesen, einen allgemeinen Stadtentwicklungsplan gibt es jedoch nicht: Die Planungen unter der Senatsbaudirektorin Prof. Dr. Iris Reuther drohen, das gesamte Stadtbild Bremens auf Jahrzehnte hinaus zu beschädigen.

Da die gesamte Stadt betroffen ist, haben wir uns zur flächendeckenden Antragsstellung an alle Beiräte entschlossen, um den Fokus auf diese Form der Stadtplanung bzw. nicht Planung zu richten. Insofern also unser Antrag: Wir beantragen,

- der Beirat möge einen Informationsantrag nach § 7 OBG an die Baubehörde stellen, um Einsicht in den Hochhausleitfaden für den Beirat zu erhalten. Wir hatten einen solchen Antrag an die Behörde gestellt, und insoweit einen Kurzüberblick - gelenkt /präsentiert von der Senatsbaudirektorin - erhalten. In diesem Zusammenhang haben wir unter anderem erfahren, dass mit diesem - laut Frau Prof. Dr. Reuther noch unfertigen - Hochhausleitfaden in der Behörde gearbeitet wird und dass es keinerlei weitergehende, sich auf das gesamte Stadtgebiet bezogene Stadtentwicklungsplanung gibt. Inwieweit das Gebiet des Beirates als für Hochhäuser tauglich im Rahmenplan erfasst ist, ist ohne eine Einsichtnahme des Beirates in den Hochhausleitfaden nicht möglich, eine sinnvolle Beteiligung des Beirates ist nicht möglich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Sie können sich bei Rückfragen gerne an uns wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Kopp-Jäger, Sabine Hummerich

für die Bürgerinitiative „Kein Hochhaus im Viertel“

Antrag für die Sitzung des Beirates Walle am 14.11.2019

Rahmenplan zur Überseeinsel

Der Beirat begrüßt den Rahmenplan zur Überseeinsel, der in der FA-Sitzung am 26.9.2019 vorgestellt wurde. Der Beirat fordert die Bremische Bürgerschaft auf, eine politische Festlegung / Selbstbindung zu verabschieden.

Der Beirat begrüßt die Planung eines Bildungsstandortes auf der Überseeinsel. Der Bildungscampus ist als Oberschule, Grundschule und Kindertagesstätte geplant. Der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung die Planung zu unterstützen und finanziell in den kommenden Haushaltsberatungen abzusichern.

Der Beirat begrüßt das vorliegende Verkehrs- und Mobilitätskonzept für die Überseeinsel. Der Beirat fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, das Konzept in den laufenden Haushaltsberatungen abzusichern.

Zusätzlich fordert der Beirat, dass städtische Vorkaufsrechte, wo es möglich ist, wahrgenommen werden sollen, um den stadtplanerischen Einfluss zu gewährleisten.

Der Beirat soll zeitnah über Entwicklungen bspw. Besitzerwechsel informiert werden.

Begründung:

Der Rahmenplan lässt positive Rückschlüsse auf eine gute Entwicklung in Sachen Bautypologie, Mobilitätskonzept, Freiflächen und Durchmischung zu.

Allerdings ist er noch nicht rechtlich bindend. Die Überseeinsel GmbH hat diesen Plan im Auftrag von Bremen entwickelt und wird sicher ein Interesse daran haben, diesen Plan auf ihrem Gelände umzusetzen. Aber für die weiteren Eigentümer (z. Zt. Zech auf dem Reimergelände) und für die zukünftigen Besitzer ist er nicht bindend. Wir möchten, dass die Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft eine politische Festlegung beschließen. Dies würde auch die entwickelten Zielsetzungen untermauern, möglichst eine Vielfalt von Bautypologien, verkehrsberuhigte Quartiere, viele Spielflächen und Grünflächen mit einem innovativen und zukunftssträchtigen Mobilitätskonzept etc. zu sichern.

Für den geplanten Bildungscampus als auch die für die Planungen im Verkehrs- und Mobilitätsbereich liegen noch keine finanziellen Absicherungen vor. Dem Beirat ist es wichtig, dass früh Bedarfe angemeldet werden.

⇒ Beirat 02.08.19

⑤

Gerald Höns für die AfD im Beirat Walle

Ortsamt West

Per E-Mail

Alternative
für
Deutschland

Vertragslose Inanspruchnahme

Der Beirat möge sich erklären, ob und für wie lange er die eigenmächtige und vertragslose Inanspruchnahme des Grundstücks am Hagenweg durch eine Bauwagenkolonie gutheißt. Wie kann man den Kleingärtnern die Ungleichbehandlung erklären?

Begründung:

Jedem normalen Bürger wird durch Gesetze und Verordnungen vorgeschrieben, in welcher Art ein Grundstück genutzt werden darf.

Die AfD wurde mehrfach auf die Verhältnisse am Hagenweg angesprochen.

Der Beirat hatte sich vor über einem halben Jahr für eine "vorübergehende Duldung" ausgesprochen.

Aus dem Umweltessort hieß es damals:

"das Gelände werde zunächst nicht geräumt und sei eventuell für eine Dauernutzung - geeignet"

Auf dem Gelände wird seit Dezember 2018 "gewerkelt". Immer neue kuriose Aufbauten entstehen dort. Ich bin mir sicher, dass bei jedem "normalen Bürger" die Behörden solch einem Treiben ein Ende setzen würden, wenn derartig abenteuerliche Bauten auf dessen Grundstück errichtet würden.

In diesem Fall scheint sich diesbezüglich nichts zu tun. Wie soll den Menschen, welche sich an die Vorschriften halten müssen (z.B. die benachbarten Schrebergärtner) klar gemacht werden, dass sich bestimmte Leute nicht an all die Vorschriften halten müssen, welche auf die "Normalbürger" strikt angewendet werden.

Wie verhält es sich z.B. mit dem Anschlusszwang an die Müllabfuhr?

Wie werden Abwässer fachgerecht entsorgt?

Ist ein dauerhaftes Wohnen dort zulässig?

Die AfD hat den Eindruck, dass bei manchen Leuten nicht so genau hingesehen wird, wenn gegen Gesetze und Verordnungen verstoßen wird.

Die Vorgänge rund um das alte Sportamt, Naturschutzgebiet Hemelingen und um den Bunker an der Hans-Böckler-Straße sind weitere Beispiele dafür, dass gewisse Leute, womöglich aus politischen Gründen, eine Vorzugsbehandlung genießen.

G. Höns

Bremen, den 28. Aug. 2019

per Mail an
Beirat 4/9/19

L
⑥



Antrag

für die Beiratssitzung am 05.09.2019

Unrechtmäßiger Zustand am Hagenweg beenden!

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Walle fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, die seit Dezember 2018 andauernde, unrechtmäßige Besetzung eines Grundstückes am Hagenweg durch die Wagenplatzgruppe „Ölhafen“ zu beenden. Den Beteiligten sind alternative Standorte für eine Anmietung zu unterbreiten und der Beirat ist über den Fortgang zu informieren.

Begründung:

Seit Dezember 2018 hat die Wagenplatzgruppe „Ölhafen“ ein Grundstück am Hagenweg besetzt, um dort eine alternative Wohnform umzusetzen. Seiner Zeit hat das Bauressort eine zeitweise Duldung und die Prüfung einer dauerhaften Lösung über die Medien zugesagt. Diese Zusage war nicht mit dem Beirat Walle abgestimmt. Der Beirat hat sich nachlaufend ebenfalls für eine temporäre Lösung ausgesprochen, damit an einer dauerhaften Lösung auf einer anderen Fläche gearbeitet werden kann. Aus Sicht des Beirates hat die Behörde keine Aktivitäten in Hinblick auf eine endgültige Lösung unternommen.

Ein dauerhaftes Wohnen ist dort nicht zulässig. Daher muss nun diese Situation aufgelöst werden.

Marco Juschkeit

FDP-Beiratsmitglied

Jens Oldenburg
Elsflether Str. 14, 28219 Bremen
oldenburg@fdp-bremen.de, Mobil: 0151 50489447

Nutzung des Geländes am Hagenweg durch die Ölhafen-Crew

Die Wagengruppe 'Ölhafen-Crew' nutzt seit Dezember 2018 ein Gelände am Hagenweg als Wagenplatz.

Der Stadtteilbeirat Walle hat im Januar 2019 einer Zwischennutzung durch die Wagengruppe 'Ölhafen-Crew' zugestimmt.

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

1. Der Stadtteilbeirat Walle bekräftigt seinen Beschluss aus dem Januar 2019.
2. Der Stadtteilbeirat Walle stimmt einer weiteren Nutzung bis Frühjahr 2020 zu. Dieses vor dem Hintergrund, dass die Wagengruppe 'Ölhafen-Crew' Planungssicherheit für den Winter benötigt.
3. Die Wagengruppe 'Ölhafen-Crew' wird aufgefordert, soweit dieses nicht bereits geschieht, Müll und Abwasser ordnungsgemäß zu entsorgen, die Verkehrssicherheit der Aufbauten sicher zu stellen und das Gelände bei Beendigung der Nutzung hinsichtlich der von ihr erstellten Bauten zu räumen.
4. Die Baubehörde wird aufgefordert, bis Februar 2020 einen Wagenplatz im Stadtgebiet Bremen auszuweisen. Die Wagengruppe 'Ölhafen-Crew' unterstützt dies möglichst mit eigenen Standortvorschlägen. Der Beirat Walle schließt dabei einen Standplatz im Beiratsgebiet nicht aus.

Die Beiratsfraktionen von SPD, B90 Grüne und DIE LINKE im September 2019

Fraktion im Beirat Walle



Vorabinformation zur persönlichen Erklärung des AfD-Vertreters

Die folgenden Zeilen mögen dazu dienen, dass später niemand sagen kann, man hätte nichts gewusst, und das Verhalten der AfD-Walle sei "rein provokativ und unverständlich". Um sich später dran erinnern zu können, bitte ich darum, dieses Schreiben samt Anlage "Parteisoldaten" dem Protokoll der Beiratssitzung vom 14. Nov. 2019 beizufügen.

Dass die AfD allen demokratischen Gepflogenheiten zuwider in ihrer Ausführung der politischen Arbeit massiv behindert wird, ist mittlerweile allgemein bekannt. Um die AfD zu stigmatisieren, wird diese Partei für alles Mögliche (mit)verantwortlich gemacht. Besonders Straftaten aus dem extrem rechten Bereich werden der AfD regelmäßig angelastet. Aber auch an körperlichen Befindlichkeiten anderer Politiker soll die AfD mitschuldig sein. Siehe z.B.

<https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/karl-lauterbach-ueber-schwaecheanfaelle-von-politikern-im-bundestag-a-1295600.html>

Eben diese Stigmatisierung dient den "demokratischen" Parteien als Begründung dafür, dass der AfD in Walle keine sachkundigen Bürger zustehen sollen. Alle "demokratischen" Parteien haben "beschlossen", dass kein sachkundiger Bürger, welcher von der AfD vorgeschlagen wird, gewählt wird.

Damit die Bevölkerung den unfairen Umgang der "Demokraten" mit der AfD registriert, ist es geboten, dass die AfD angemessen verhält, und ihrerseits die rechtlichen Möglichkeiten nutzt, um so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen.

Wie das geschehen kann, habe ich in dem Schriftstück "Parteisoldaten" angedeutet. Siehe hierzu auch <http://www.afd-hb.de/>

Bremen, 10. Nov. 2019

G. Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)

Parteisoldaten

Als am 03. Juli 2019 alle "demokratischen" Parteien auf der konstituierenden Beiratssitzung "beschlossen", keine sachkundigen Bürger zu wählen, welche die AfD vorschlägt, führte ich dies auf die Verärgerung über das relativ gute Wahlergebnis der AfD in Walle zurück. Immerhin habe ich mehr Personenstimmen bekommen, als jeder Kandidat der Grünen.

Nachdem ich meinte, dass sich die Verärgerung gelegt haben muss, beantragte ich zur Beiratssitzung am 05. Sept. 2019 eine Erklärung darüber, ob der "Beschluss" vom 03. Juli 2019 Bestand haben soll.

Alle Fraktionen der "demokratischen" Parteien erklärten daraufhin, dass keiner eine von der AfD als sachkundigen Bürger vorgeschlagene Person wählen wird. Somit steht für mich fest, dass dieses Vorgehen keiner Emotion geschuldet ist, sondern "von oben angeordnet wurde", als Befehl auszuführen ist. Anderenfalls wird zu "freundlichen" Gesprächen in die jeweiligen Parteizentralen geladen. Über solch eine Vorgehensweise wurde mir aus anderen Beiratsgebieten berichtet, wo es anfangs nicht ganz so lief, wie sich die "demokratischen" Parteien dies vorstellten.

Bemerkenswert ist auch, dass sich anlässlich einer Fachausschusssitzung am 11. Sept. 2019 der Vertreter der Linkspartei anfangs weigerte, einem gemeinsamen Antrag für eine an sich unkritische Angelegenheit zuzustimmen. Der Mann hatte dann doch noch eingelenkt. Das zeigt, dass der Befehl "keine Zusammenarbeit mit der AfD" tief sitzt.

Konsequenzen:

Da mir die Hilfe durch sachkundige Bürger verweigert wird, kann ich nur eingeschränkt arbeiten und keinen Vertreter schicken, falls ich verhindert bin. Während sich die anderen Parteien die Arbeit untereinander aufteilen, muss ich alle Sitzungen selbst besuchen. Auch um Themen, wo ich keine Ahnung von habe.

Wie damit umgehen?

Die Bevölkerung wird sicher verstehen, dass ich unter den Umständen nicht alle Sitzungen wahrnehmen kann. Unterstellungen, "die AfD sei faul und schwänzt die Sitzungen" laufen bei objektiver Betrachtung der Umstände ins Leere. Da es sich bei den Maßnahmen der politischen Gegner um antidemokratisches Verhalten handelt, jedoch formaljuristisch zulässig ist, werde auch ich mich verstärkt formaljuristischen Handlungen / Anträgen bedienen, welche auch auf dem "kleinen Dienstweg" zu erledigen wären. Den erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand werden sich die Antidemokraten selbst zurechnen müssen. In solch einem Klima möchte ich zum Beispiel nicht, dass mein Abstimmungsverhalten länger öffentlich sein wird, und spätestens ab Januar 2020 stets die geheime Abstimmung beantragen.

Falls sich irgendwelche Menschen verwundert über mein hier angekündigtes Verhalten zeigen sollten, werde ich auf diesen Schriftsatz verweisen. Es besteht für die Gegenseite noch die Möglichkeit des Einlenkens. Solch ein Schritt müsste jedoch ohne mein weiteres Zutun in Form einer Erklärung aller Fraktionen auf der nächsten Beiratssitzung im November 2019 erfolgen.

Pressemitteilung

13.11.2019



FDP-Fraktion im Waller Beirat lässt sich nicht erpressen!

(Walle) Die AfD in Waller Beirat droht damit mit zeitintensiven Formalitäten die Gremienarbeit im Beirat lahmzulegen. In einem Schreiben mit dem Titel "Parteisoldaten", bemängelt der Fraktionssprecher der AfD, Gerald Höns, eine Erklärung der Fraktionen im Waller Beirat während der konstituierenden Sitzung im Juli dieses Jahres. Darin wurde der Umgang mit von der AfD zur Wahl vorgeschlagenen Sachkundigen Bürgern behandelt. In seiner Verärgerung droht Herr Höns nun allen Fraktionen im Waller Beirat mit sogenannten "formaljuristische Handlungen / Anträgen". Damit will er, so wörtlich, erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand verursachen. Aus seiner Sicht besteht für die "Gegenseite" noch die Möglichkeit des Einlenkens. Solch ein Schritt müsse jedoch ohne sein weiteres Zutun in Form einer Erklärung aller Fraktionen auf der nächsten Beiratssitzung im November 2019 erfolgen.

„Diese Drohung ist ein klassischer Erpressungsversuch und bedeutet für die politische Auseinandersetzung im Waller Beirat im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nichts Gutes!“, kommentiert FDP-Beiratsmitglied Marco Juschkeit die Situation.

Marco Juschkeit wird für die FDP-Fraktion Walle in der kommenden Beiratssitzung die folgende Erklärung abgeben:

Alle FDP-Fraktionsmitglieder investieren ehrenamtlich Ihre Freizeit in der Beiratsarbeit, um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit den anderen Fraktionen zu erörtern. Die Androhung der AfD, mittels Formalitäten einen zusätzlichen Zeitaufwand zu verursachen, um ein sogenanntes "Einlenken" zu einem bestimmten Thema erwirken zu wollen, steht dem diametral entgegen. Hier handelt es sich um Erpressung! Niemals darf die Willensbildung im Beirat auf diese Art und Weise gelenkt oder beeinflusst werden. Egal wie gerechtfertigt das Ansinnen aus Sicht Einzelner sein mag. Die FDP-Fraktion verurteilt daher diesen Erpressungsversuch der AfD im Waller Beirat scharf. Die AfD im Beirat, namentlich Herr Gerald Höns, wird aufgefordert, unverzüglich die Androhung von sogenannten formaljuristische Handlungen / Anträgen zur Erwirkung eines "Einlenkens" vollumfänglich zurückzunehmen. Die Freien Demokraten im Beirat Walle lassen sich nicht erpressen!

Pressekontakt:
Jens Oldenburg
Elsflether Str. 14, 28219 Bremen
oldenburg@fdp-bremen.de, Mobil: 0151 50489447